

Pressemitteilung

!!!Sperrfrist, 14. Februar 2018, 12.30 Uhr!!!

Altenhilfe 2030-2045 - Zukunftskonferenz in Rendsburg

Rendsburg, 14. Februar 2018 | **Bei einer Konferenz zur Zukunft der Altenhilfe in Schleswig-Holstein haben Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Kirche, Diakonie und anderen Verbänden heute in Rendsburg ein Zukunftsmanifest verabschiedet. Dieses zeigt vier Wege auf, die auch in zwanzig Jahren ein würdevolles Leben im Alter ermöglichen sollen. Demnach müssen gerade im ländlichen Bereich neue Orte der Begegnung geschaffen, moderne Technologien gefördert und die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt gestärkt werden. „Als Wohlfahrtsverband wollen wir die Zukunft der Altenhilfe aktiv mitgestalten“, sagte Landespastor Heiko Naß. „Das Manifest gibt uns Orientierung und zeigt auf, wo Handlungsbedarf besteht.“**

Die Konferenz war der Höhepunkt des Projektes „Zukunft der Altenhilfe in Schleswig-Holstein 2030-2045“, kurz ZASH2045. Gemeinsam mit dem ISÖ - Institut für Sozialökologie in Siegburg entwickelte die Diakonie in den vergangenen anderthalb Jahren mehrere Szenarien für die Altenhilfe. Dazu wurden Zukunftswerkstätten durchgeführt, an denen sich Vertreter von Kreisen, Kirchengemeinden, diakonischen Anbietern, der Wirtschaft, der Landfrauen aber auch künftige Seniorinnen und Senioren beteiligten. Anschließend konnten Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner bei einer Online-Umfrage über die Szenarien abstimmen.

Der Focus der Untersuchungen lag im ländlichen Raum. „Angesichts des demografischen Wandels und zunehmenden Fachkräftemangels besteht dort besonders hoher Handlungsbedarf“, so Prof. Dr. Michael Opielka vom ISÖ - Institut für Sozialökologie. Nach Berechnungen des Statistikamtes Nord werden 2030 fast 36 Prozent der Menschen in Schleswig-Holstein 60 Jahre und älter sein. Die Zahl der Hochbetagten steigt bis dahin um 83.500, das ist ein Plus von 53,6 Prozent. Besonders hoch fällt dieser Anstieg in ländlichen Regionen aus. Entsprechend wählte das Projekt die Kreise Segeberg und Nordfriesland als Modellregionen aus.

Bei der Online-Umfrage sprach sich eine Mehrheit für ein Zukunfts-Szenario zur Altenpflege aus, bei dem ein generationsübergreifender, kollektiver Gedanke im Vordergrund steht. Grundlage dafür sollen eine aktive Sozialplanung, gezieltes staatli-

ches Handeln, ein Grundeinkommen, ein neuer Generationenvertrag und ein passgenaues Zusammenspiel von professionellen Pflegeangeboten und ehrenamtlicher Hilfe sein.

Welche Voraussetzungen für dieses Szenario schon heute geschaffen werden müssen, darüber diskutierten die Teilnehmenden der Konferenz in mehreren Gesprächsrunden und so genannten Ideenwerkstätten. „Aus unserer Sicht ist es besonders wichtig, dass wir das Wir-Gefühl zwischen den Generationen stärken“, betonte Landespastor Heiko Naß. „Dazu müssen gerade im ländlichen Raum die Nachbarschaft gefördert und wieder mehr Orte der Begegnung geschaffen werden. Das Zusammenwirken von Kirchengemeinden und Diakonie sollte dabei eine wichtige Rolle spielen.“

Die Diakonie Schleswig-Holstein setzt sich außerdem für einen ausbalancierten Pflegemix im Zusammenspiel von Fachkräften, Familien und Freiwilligen ein. Voraussetzung hierfür: alle Seiten müssen sich stärker füreinander öffnen. Kontrovers diskutiert wurde auch der Einsatz neuer Technologien, zum Beispiel von Pflegerobotern. Sie könnten das Leben im Alter in der eigenen Wohnung erleichtern und die Vernetzung von Familien, Freiwilligen und Fachkräften verbessern. Allerdings ist der Einsatz mit Ängsten und Hemmungen verbunden; eine Förderung und angemessene Beratung sind daher von Nöten. Schließlich spricht sich das verabschiedete Manifest für neue Mobilitätskonzepte und mehr Barrierefreiheit gerade im ländlichen Bereich aus.

Für die Umsetzung des Zukunftsmanifestes fordert Prof. Dr. Michael Opielka eine neue, enge Kooperation zwischen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Eine besondere Rolle misst er dabei den Wohlfahrtsverbänden zu: „Gerade im Alter ist Gemeinschaft unverzichtbar. Die Wohlfahrtsverbände tragen als gemeinnützige Einrichtungen zu Gemeinschaftsbildung und Begegnung bei. Der Staat sollte ein Grundeinkommen garantieren, doch Gemeinschaft muss aus freiem Engagement kommen.“

Die Ergebnisse des Projektes ZASH45 sollen im Mai dem Sozialministerium Schleswig-Holstein übergeben werden. Darüber hinaus prüft die Diakonie, wie das Projekt praxisnah fortgeführt werden kann.

Für Rückfragen:

Friedrich Keller Pressesprecher, Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
Tel: 04331-593 197; Mobil: 0174-94 500 90
E-Mail: presse@diakonie-sh.de

Jonas Czok Pressereferent, Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
Tel: 04331-593 133
E-Mail: j.czok@diakonie-sh.de